

PRESSE-EINLADUNG

zur Mahnwache

Datum: Dienstag, 11.09.2012
Uhrzeit: 15:00-17:00 Uhr
**Ort: GKV-Spitzenverband,
Mittelstraße / Ecke Friedrichstraße,
10117 Berlin**



Parallel zu einem kurzfristig vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) für Dienstag, den 11. September einberufenen Spitzengespräch mit den Hebammenverbänden werden Hebammen und Betroffene für eine bessere Vergütung von Hebammenleistungen protestieren. Mit dem Gespräch will der GKV-SV die Einschaltung der Schiedsstelle vermeiden.

„Noch ist völlig unklar, ob die Krankenkassen uns ein neues Angebot vorlegen werden“, so Susanna Rinne-Wolf, 1. Vorsitzende des Berliner Hebammenverbandes. „Eins steht allerdings fest: Wir Hebammen lassen uns nicht mehr mit Cent-Beträgen abspeisen! Um ein Existenz sicherndes Arbeiten zu ermöglichen und die Versorgung aller Frauen mit Hebammenhilfe zu gewährleisten, benötigen wir endlich die Erhöhung auf ein Niveau, von dem aus alle weiteren prozentualen Erhöhungen überhaupt erst spürbar werden können. Dies werden wir, parallel zu dem Gespräch unserer Verbandsspitze, in Form einer Mahnwache am Sitz des GKV deutlich machen!“

Die Situation der freiberuflichen Hebammen hängt weiter am seidenen Faden: ein auskömmliches Einkommen ist nach wie vor nicht gesichert. Denn obwohl die Krankenkassen die Kosten für die Haftpflichtsteigerung übernommen haben kommt dies de facto nur einem Teil der Hebammen zugute, da die Kostenerstattung an eine überdurchschnittlich hohe Geburtenzahl, die die Hebamme pro Jahr betreuen muss gekoppelt ist. Damit droht, insbesondere in strukturschwachen Gebieten der totale Verlust der freiberuflich erbrachten Geburtshilfe. Die Forderungen der Hebammenverbände für eine angemessene Vergütung der Leistungen wurden bislang von den gesetzlichen Krankenkassen zurückgewiesen. Die Hebammenverbände haben daher die Verhandlungen für gescheitert erklärt und die Schiedsstelle angerufen.

Die verhandelnden Hebammenverbände fordern 30 % Erhöhung der bestehenden Hebammengebühren: dies beinhaltet den Ausgleich des Einkommensrückstandes der Hebammen, der bereits im Jahr 1997 von dem damaligen Gesundheitsminister Seehofer festgestellt wurde und ermöglicht einen ungefähren Stundensatz von 10,00 Euro.

„Die vom BMG beauftragte IGES-Studie hat den von den Hebammen seit Jahren kritisierten durchschnittlichen Stundenlohn in Höhe von 7,48 EUR schwarz auf weiß bestätigt“ so Susanna Rinne-Wolf weiter. „Wenn Hebammen nicht zeitnah eine Vergütungs-erhöhung auf alle ihre Leistungen erhalten, wird das Hebammensterben unvermindert weiter gehen – mit all seinen Konsequenzen: die Kaiserschnittzahlen werden weiter ansteigen und in der Folge auch die Kosten im Gesundheitswesen. Auch die freie Wahl des Geburtsortes für die Schwangeren würde dramatisch eingeschränkt.“

Kontakt im Vorfeld und vor Ort: Renate Egelkraut 0177-7 36 35 60